



Amsterdam

Nachhaltige und maßgeschneiderte Unterstützung von Anfang an

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1. Der 'Amsterdamer Ansatz': Inklusion für anerkannte Geflüchtete

3.2. Die Willkommenskultur der Amsterdamer Verwaltung: Perspektiven Geflüchteter bei Umsetzung und Gestaltung politischer Maßnahmen

3.3. Amsterdams Unterstützung für 'irreguläre' Migrant:innen: Ein Neuanfang entgegen widriger Umstände

3.4. 'Free in, free out policy' – Sichere Berichterstattung und andere Schutzmaßnahmen gegen die Inhaftierung von 'irregulären' Migrant:innen in Amsterdam

4. Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

Wichtigste Erkenntnisse

1

Anstatt nach 'neuen' innovativen Ansätzen zu suchen, konzentrieren sich die kommunalen Akteur:innen in Amsterdam auf das 'Feintuning' bewährter Methoden.

2

Die kommunalen Einrichtungen in Amsterdam sind stolz darauf, dass die meisten Mitarbeiter:innen im Bereich Migrationspolitik direkte Erfahrungen mit Geflüchteten haben, zum Beispiel durch Aufnahmegespräche.

3

Ein Mix aus öffentlichen Stellungnahmen, die Rechte für Migrant:innen einfordern, und diplomatischen Beziehungen tragen zu Amsterdams Einfluss auch über die Stadtgrenzen hinaus bei.

Was ist das Besondere an der Stadt?

Nachhaltige und maßgeschneiderte Unterstützung: Amsterdam hat langjährige Erfahrung mit der Aufnahme von Migrant:innen und Geflüchteten. Seit 2016 ziehen die Inklusionsmaßnahmen der Stadt – insbesondere der 'Amsterdam Approach', (Amsterdamer Ansatz) – die Aufmerksamkeit von nationalen und internationalen Politiker:innen und Expert:innen auf sich. Amsterdam sorgt für eine intensive, nachhaltige und maßgeschneiderte Unterstützung von anerkannten Geflüchteten ab dem Moment ihrer Ankunft in der Stadt.

Wo liegt der Schwerpunkt der lokalen Migrationspolitik?

Eingliederung von dokumentierten und nicht dokumentierten Migrant:innen: Der '**Amsterdam Approach**' konzentriert sich auf Inklusionsmaßnahmen und maßgeschneiderte Unterstützung für anerkannte Geflüchtete. Die andere Säule der Amsterdamer Migrationspolitik ist das '**Undocumented Migrant Programme**'. Es enthält Maßnahmen für die sozialen Rechte von Geflüchteten und Migrant:innen, die keine Papiere haben. Die Stadt setzt sich damit für den Zugang zu sozialer Infrastruktur und die Beteiligung von Geflüchteten an der Umsetzung politischer Maßnahmen ein.

Was sind die Schlüsselfaktoren?

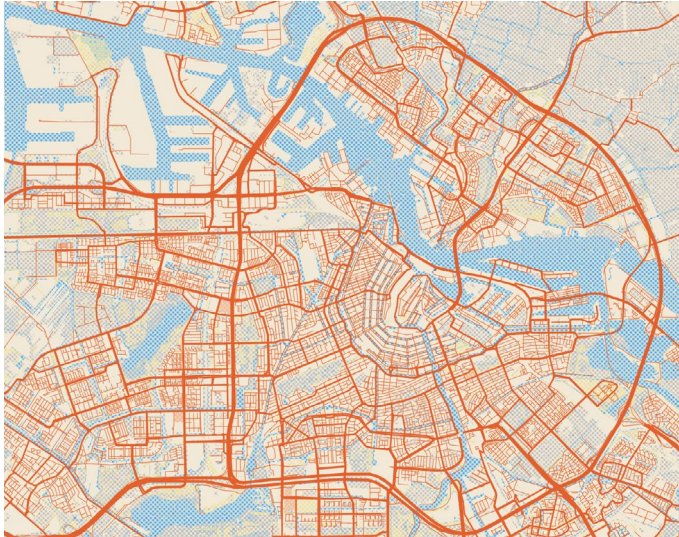
Proaktive Verwaltungsmitarbeiter:innen: Der Amsterdamer Ansatz beruht auf pragmatischen, rechtlichen und humanitären Erwägungen. Die proaktive Verwaltung und die politischen Vertreter:innen der Stadt arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen. Diese Gruppen üben Druck auf die Stadtverwaltung aus und schlagen innovative, nachhaltige Lösungen für eine inklusivere Stadt vor, die allen Amsterdamer:innen zugutekommt.

Was sind die größten Erfolge?

Überdurchschnittliche Arbeitsmarktbeteiligung und ein Programm für Migrant:innen ohne Papiere: Die Arbeitsmarktbeteiligung von Geflüchteten in Amsterdam stieg von 31 Prozent im Jahr 2017 auf 37 Prozent im Jahr 2020, etwa 10 Prozent über dem nationalen Durchschnitt. Geflüchtete Frauen weisen mit 19 Prozent seit 2020 eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung auf als in anderen niederländischen Großstädten (5–11 Prozent). 2018 kündigte der neu eingesetzte Gemeinderat an, erfolgreiche Programme für anerkannte Geflüchtete durch Strukturfondsmittel zu sichern und ein ambitioniertes Programm für undokumentierte Migrant:innen vorzustellen. An diesem Programm sind sowohl Zuwander:innen als auch 25 zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt. Die Geschichte des Amsterdamer Programms für Menschen ohne Aufenthaltstitel zeigt, wie die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlichen Gruppen, insbesondere bei der Koordination der Unterkünfte, funktionieren kann.

Politische Arbeit über die lokale Ebene hinaus

Amsterdam nimmt in den Niederlanden eine Vorreiterrolle auf kommunaler Ebene ein. Die Stadt konzentriert sich beispielsweise auf die Unterbringung anerkannter Geflüchteter und auf die Umsiedlung von Geflüchteten aus europäischen Grenzlagern. Im Rahmen von Städtepartnerschaften mit Athen, Barcelona und Berlin arbeitet Amsterdam mit anderen Großstädten zusammen und engagiert sich kontinuierlich für mehr Solidarität: Die Bürgermeister:innen bezeugen ein beständiges Engagement, das durch internationale Partnerschaften, die Beteiligung an Netzwerken und diplomatische Beziehungen innerhalb und außerhalb der Niederlande gefestigt wird.



Bevölkerung

862.965 (Stand 2019), größte Stadt der Niederlande

Lage

Nordholland, Hauptstadt

Bürgermeister:in

Femke Halsema (GroenLinks), seit 12.7.2018

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

Seit 2016 hat der **'Amsterdam Approach'** mit einem Programm von Integrationsmaßnahmen und maßgeschneiderter Unterstützung für anerkannte Geflüchtete die Aufmerksamkeit von Politik und Wissenschaft auf sich gezogen. Die andere Säule der Amsterdamer Migrationspolitik ist das **'Undocumented Migrant Programme'**. Gemeinsam decken sie ein breites Spektrum an Maßnahmen und Projekten ab. Die Stadt setzt sich insbesondere für die sozialen Rechte von Geflüchteten und Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel ein, fördert den Zugang zu sozialer Infrastruktur und die Beteiligung an der Umsetzung politischer Maßnahmen. Unabhängige Forschungsinstitute, **Akteur:innen der nationalen Regierung und Organisationen** der Zivilgesellschaft haben Amsterdams fortschrittlichen Ansatz und seine lokalen Lösungen für Unzulänglichkeiten der Landespolitik, zum Beispiel für das niederländische Gesetz zur bürgerlichen Integration, anerkannt.

Der 'Amsterdamer Ansatz' zur Integration von Geflüchteten entstand als direkte Reaktion auf die kritischen Kommentare von Expert:innen zur nationalen Asylpolitik im Jahr 2016. Sie bemängelten den Verlust wertvoller Zeit durch lange Asylverfahren und die sequenzielle Struktur der Integrationspolitik. Diese Maßnahmen konzentrierten sich zunächst auf die staatsbürgerliche Integration, bevor sie den Zugang zu Arbeit und Bildung berücksichtigten. Amsterdam gehörte zu den ersten Städten in den Niederlanden, die einen ganzheitlichen Ansatz für die gleichzeitige Förderung von Wohnen, Arbeit, Bildung, Teilhabe und Spracherwerb entwickelten. Der Ansatz beruht auf pragmatischen, rechtlichen und humanitären Überlegungen. Die politisch Verantwortlichen erklärten Amsterdam zur **Menschenrechtsstadt** und führten die Menschenrechte als Grundlage für bestimmte städtische Maßnahmen an. Sie betonten auch, dass Amsterdam als niederländische Hauptstadt eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Geflüchteten trage.

Inklusion als Rahmenkonzept: Chancen für alle

Inklusionsmaßnahmen werden nicht als bloße Integrationsmaßnahmen verstanden, sondern häufig mit dem **Ziel der Stadtverwaltung** verknüpft, eine gerechte Stadt mit gleichen Chancen für alle zu schaffen. Diese positive Rahmung erstreckt sich auch auf Geflüchtete, die von städtischen Akteur:innen häufig als neue 'Amsterdamer:innen' bezeichnet werden. Obwohl ein migrationsfreundliches Branding in niederländischen Städten nicht unüblich ist, hebt sich der Amsterdamer Ansatz durch die 'Storywall' auf der **städtischen Website hervor**. Diese Wand voller Geschichten durchbricht die vorherrschenden Vorstellungen (die Geflüchtete oft entmenschlichen oder als hilflos darstellen), indem sie ihre Stimmen verstärkt, ohne sie in humanitäre Narrative der Nächstenliebe und Not einzuordnen. Zudem bietet sie Einblicke in das breite Spektrum lokaler Inklusionsinitiativen, einschließlich Partnerschaften mit lokalen Unternehmen, Organisationen und Institutionen wie Schulen. Abgesehen von verschiedenen praktischen Zielen (siehe 3.1) eröffnet der Amsterdamer Ansatz somit auch die Möglichkeit, Migrationsdebatten durch Stimmen und Überlegungen von Geflüchteten neu zu gestalten.

Die positive Darstellung auf der 'Geschichtenwand' hebt die Stadt von anderen niederländischen Städten ab. Sie ist jedoch nur ein kleiner Teil des Amsterdamer Ansatzes. Die Stadt hat sich zu einer jährlichen **Bewertung** ihrer Maßnahmen für Geflüchtete, zu Kosten-Nutzen-Analysen bestimmter Programme und zu einer **breiten Unterstützung für diese Maßnahmen** verpflichtet. Wissenschaftler:innen und Forschungsinstitute haben ebenfalls die Inklusionsmaßnahmen der Stadt untersucht und bewertet.¹ Einige der Amsterdamer Lösungen und Empfehlungen wurden landesweit übernommen, so beispielsweise vom beratenden Gremium der niederländischen Regierung, dem Staatsrat, in seinem Gutachten zur Reform des niederländischen Integrationsgesetzes.²

Der 'Amsterdamer Ansatz'

Im Jahr 2016 startete die Stadt ihr Programm 'Amsterdamer Ansatz' mit elf engagierten Fallmanager:innen, die von einem Team von politischen Berater:innen unterstützt wurden. Inzwischen ist dieses Team auf etwa 120 Mitarbeitende angewachsen, darunter politische Berater:innen, Fallmanager:innen und Arbeitsvermittler:innen. Nach dem Anstieg der Zahl ankommender Geflüchteter seit 2015 erhielt Amsterdam, wie auch andere Kommunen, finanzielle Unterstützung von der Zentralregierung. Die Stadt beantragte für einige ihrer **Maßnahmen** EU-Fördermittel (zum Beispiel aus dem ESF), setzte aber auch konsequent eigene Mittel ein, um innovative Projekte zu entwickeln und zu unterstützen. Im Jahr 2016 stellte die Gemeinde 10 Millionen Euro für die Entwicklung des 'Amsterdamer Ansatzes' bereit. Nach dem Amtsantritt der linken kommunalen Regierungskoalition im Jahr 2018 kündigte sie an, sogar jährlich 10 Millionen Euro für den 'Amsterdamer Ansatz' bereitzustellen. Seit 2019 stellt die Stadtverwaltung zudem ähnliche Beträge für Inklusionsmaßnahmen für illegalisierte Migrant:innen bereit.

¹ Für einen aktuellen Bericht in englischer Sprache, siehe **OECD (2018) report** 'Working Together for Local Integration of Migrations and Refugees in Amsterdam'.

² Siehe Jahresbericht Amsterdam Approach (2020), S.6 und summary of the **Council of State**.

Liste der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen

NGOs, Bürgerinitiativen und Organisationen, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen, spielen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der städtischen Migrationspolitik. Insbesondere der Niederländische Flüchtlingsrat (Dutch Council for Refugees) ist ein zentraler Akteur, da er von der Stadtverwaltung mit der Aufgabe betraut wurde, soziale Unterstützung und Coaching anzubieten.

An der Entwicklung des Programms für Menschen ohne Aufenthaltstitel (Abschnitt 3.3) waren neben 60 Personen ohne Aufenthaltstitel über 25 zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivistengruppen beteiligt. Für den Amsterdamer Ansatz (Abschnitt 3.1) arbeitet die Stadtverwaltung auch mit verschiedenen NGOs und sozial tätigen Unternehmen wie dem **Refugee Talent Hub**, der **Refugee Company**, **NewBees** und Nachbarschaftsinitiativen und Stiftungen wie **Boost** und **Warm Welkom** zusammen. Ohne die anhaltende Unterstützung der Bevölkerung für Inklusionsmaßnahmen, politische Unterstützung, Ressourcen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft wären die Inklusionsmaßnahmen des Amsterdamer Ansatzes für die neuen Amsterdamer:innen kaum mehr als Luftschlösser.

Eine Liste und kurze Beschreibung der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die mit der Stadtverwaltung oder Stadtregierung zusammenarbeiten:³

- ◆ **Amsterdam City Rights**: unabhängiger Think-Tank von und mit Menschen ohne Papiere und Geflüchteten mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, der sich für Menschenrechte einsetzt; ein Projekt der "Here to Support" Foundation (s.u.)
- ◆ **ASKV Steunpunt Vluchtelingen**: eine in Amsterdam ansässige Organisation, die abgewiesenen Geflüchteten in den Niederlanden Rechtsbeistand und soziale Unterstützung bietet
- ◆ **BOOST Amsterdam**: Community-Organisation und sozialer Begegnungsraum, in dem sich Amsterdamer:innen mit und ohne Fluchthintergrund treffen und gemeinsam an ihrer Inklusion arbeiten
- ◆ **Dutch Council for Refugees**
- ◆ **Here to Support**: Initiative, die sich mit Projekten beschäftigt, die von einer Gruppe von Künstler:innen und Theoretiker:innen in enger Zusammenarbeit mit Geflüchteten mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus initiiert werden. Here to Support konzentriert sich nicht in erster Linie auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe, sondern strebt die Emanzipation von Migrant:innen ohne Papiere an.
- ◆ **HVO-Querido**: eine in Amsterdam und der Region tätige Initiative, die Menschen, die (vorübergehend) nicht allein zurechtkommen, Unterkunft, betreutes Wohnen und Tagesaktivitäten bietet

³ Angesichts der aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft, der sozial engagierten Unternehmen und der Kultur- und Kunstorganisationen ist es fast unmöglich, einen vollständigen Überblick zu gewinnen. Diese Liste gibt einen allgemeinen Überblick über einige der wichtigsten Organisationen und Initiativen.

- ◆ **In My Backyard Foundation:** Amsterdamer Gemeinschaft von Neuankömmlingen und Einheimischen
- ◆ **NewBees Foundation:** Vermittlung von Praktikumsplätzen bei lokalen Unternehmen und Organisationen an Neuankömmlinge
- ◆ **Refugee Academy:** Kompetenzzentrum des Institute for Societal Resilience der Vrije Universiteit Amsterdam, das sich dem Ziel der Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft verschrieben hat
- ◆ **Refugee Talent Hub:** eine Arbeitgeberinitiative, die Geflüchtete und Arbeitgeber:innen zusammenbringt, um bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen
- ◆ **Refuge Start Force:** Netzwerk, Community und Vermittlungsplattform in den Niederlanden für Neuankömmlinge, Einheimische, Organisationen und Unternehmen
- ◆ **Support Group for Women without a Residence**
- ◆ **Ykeallo Foundation:** praktische Unterstützung und Einstieg in das lokale Netzwerk für Geflüchtete aus Ost-Afrika
- ◆ **Task group Council of Churches Amsterdam**
- ◆ **We Are Here:** ein Kollektiv von Migrant:innen ohne Papiere, das 2012 gegründet wurde, um die Rechte von Menschen ohne Papiere in der Stadt sichtbar zu machen und für sie zu kämpfen
- ◆ **World House:** ein Informations-, Beratungs- und Schulungszentrum für Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis
- ◆ **Warm Welkom Foundation:** freundliche und aufgeschlossene Einführung von Neuankömmlingen in ihre neue Nachbarschaft; Schnittstelle zu Anwohner:innen und Nachbarschaftsorganisationen

3. Ausgewählte lokale Ansätze zur Migrations- und Integrationspolitik

3.1. Der 'Amsterdamer Ansatz': Inklusion für anerkannte Geflüchtete

Soziale Rechte und Zugang zur sozialen Infrastruktur für Stadtbewohner:innen

Amsterdam entwickelt seit 2007 spezielle Inklusionsmaßnahmen für anerkannte Geflüchtete. Dank dieser langjährigen Erfahrung erkannte die Kommune 2015 im Zusammenhang mit den steigenden Migrationszahlen schnell die Defizite der nationalen Asyl- und Integrationspolitik. Als Reaktion darauf entwarf die Stadt 2016 proaktiv ein Programm aus intensiven, dauerhaften und maßgeschneiderten Unterstützungsmaßnahmen für anerkannte Geflüchtete – im Rahmen des 'Amsterdamer Ansatzes'. Dieses Unterstützungsprogramm ist in zweierlei Hinsicht 'zeitsensibel'. Erstens bietet es bereits Unterstützung für Geflüchtete, die sich noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Stadt befinden. Zweitens bietet es verschiedene Arten von Unterstützung gleichzeitig und nicht nacheinander an, darunter 'duale Wege', die Arbeitserfahrung und Sprachtraining kombinieren. Was die Attribute – intensiv, nachhaltig und maßgeschneidert – konkret bedeuten, wird im Folgenden erläutert.

'Intensiv': ergänzende Unterstützungsmaßnahmen von Anfang an

Die Maßnahmen sind intensiv, da Geflüchtete in Amsterdam bis zu drei Jahre lang soziale Unterstützung (Beratung) erhalten können, und zwar ab dem Zeitpunkt der Anerkennung ihres Status. Das Coaching konzentriert sich auf die Entwicklung eines maßgeschneiderten Aktionsplans mit kurz- und langfristigen Zielen. Die Stadtverwaltung handelte als eine der ersten kommunalen Akteur:innen eine Vereinbarung mit der niederländischen Zentralbehörde für die Aufnahme von Asylsuchenden (COA) aus, die sicherstellt, dass Geflüchtete schon während ihres Aufenthalts in den Aufnahmezentren mit dem Programm beginnen können. Das Programm konzentriert sich auf ergänzende Maßnahmen in verschiedenen Bereichen (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Teilhabe). Intensiv bedeutet auch persönlich, denn spezielle 'Fallmanager:innen' und Sozialarbeiter:innen unterstützen in Amsterdam anerkannte Geflüchtete. Diese Fallmanager:innen arbeiten mit dem niederländischen Flüchtlingsrat, Arbeitsvermittler:innen, Einkommensberater:innen und anderen Spezialist:innen zusammen. In vielen niederländischen Gemeinden betreuen die Fallmanager:innen bis zu mehrere hundert Geflüchtete, wobei die Unterstützung für einen kürzeren Zeitraum gewährt wird. In Amsterdam betreuen sie maximal 50 Personen gleichzeitig, um eine individuelle Betreuung zu gewährleisten.

‘Nachhaltig’: Beschäftigung mit langfristigen Perspektiven

In den politischen Debatten über die (lokale) Steuerung der Migration sind Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit politischer Maßnahmen von großer Bedeutung. In Amsterdam werden statt kurzfristiger Lösungen langfristige und nachhaltige Ansätze bevorzugt. Arbeitsvermittler:innen helfen Geflüchteten, langfristige oder unbefristete Arbeitsverträge zu finden, die ihrem Bildungs- und Berufshintergrund entsprechen. In den Niederlanden endet das kommunale Coaching normalerweise, wenn anerkannte Geflüchtete einen Arbeitsplatz gefunden und keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe haben.⁴ In Amsterdam hingegen können sie das Coaching fortsetzen, nachdem sie einen Arbeitsplatz gefunden haben. Die Stadtverwaltung verfolgt die langfristigen Beschäftigungsaussichten der Geflüchteten und vergleicht sie mit denen anderer Einwohner:innen. Sie dokumentiert auch, ob Geflüchtete befristete oder feste Verträge erhalten und ob sie nach 6, 12 und 24 Monaten noch beschäftigt sind. Die Jahresberichte zeigen, dass die Arbeitsmarktbeteiligung der Amsterdamer Geflüchteten von **31 Prozent im Jahr 2017 auf 37 Prozent im Jahr 2020** gestiegen ist. Im Gegensatz dazu liegt die Arbeitsmarktbeteiligung von Geflüchteten in anderen niederländischen Großstädten, mit Ausnahme von Eindhoven, zwischen 22 und 29 Prozent. Dennoch brachte die Pandemie schwierige Zeiten mit sich. Da 39 Prozent der Geflüchteten, die in Amsterdam arbeiten, im Gastgewerbe und im Lebensmittelsektor tätig sind, gingen die städtischen Akteure davon aus, dass sie stark betroffen sein würden. Dies beeinträchtigte auch das Ziel der Stadt, dass 50 Prozent der anerkannten Geflüchteten innerhalb der ersten drei Jahre eine nachhaltige Beschäftigung finden sollen.

‘Maßgeschneiderte’ individuelle Unterstützung und Betreuung für (besonders) schutzbedürftige Gruppen

Der ‘Amsterdamer Ansatz’ steht in starkem Gegensatz zu vielen anderen niederländischen Kommunen, in denen Geflüchtete oft dazu angehalten werden, jede Arbeit anzunehmen, selbst wenn diese unterbezahlt oder prekär ist, beziehungsweise nicht ihren Qualifikationen entspricht. Vielen niederländischen Kommunen fehlen die Ressourcen oder der politische und administrative Wille, Geflüchteten die Zeit, den Raum und die professionelle Unterstützung zu bieten, die sie benötigen, um eine geeignete Arbeit oder eine Ausbildung zu finden, die ihrem beruflichen Hintergrund und ihrer Vorbildung gerecht wird. Im Amsterdamer Kontext werden hingegen auch gruppenspezifische Aspekte, wie beispielsweise das Geschlecht, berücksichtigt.

Niederländische Studien zeigen immer wieder, dass geflüchtete Frauen nicht die gleichen Beschäftigungsmöglichkeiten haben und dass Männer oft mehr Unterstützung von den Kommunen erhalten. Das ist eine unbeabsichtigte, aber problematische Folge der Familienzusammenführung und der niederländischen Sozialhilfepolitik. Seit 2016 sind mehr als die Hälfte der geflüchteten Frauen im Rahmen von Familienzusammenführungsmaßnahmen in die Niederlande gekommen. Wenn ihre Partner zum Zeitpunkt ihrer Ankunft erwerbstätig waren, bestand weder

⁴ Auch in anderen fortschrittlichen niederländischen Gemeinden wird zunehmend Wert auf langfristige Arbeitsverträge gelegt. Dennoch gibt es viele Gemeinden, in denen Geflüchtete verpflichtet sind, jede noch so prekäre und befristete Arbeit anzunehmen. In den Niederlanden sind die Kommunen für die soziale und finanzielle Unterstützung von anerkannten Geflüchteten zuständig. In einigen Gemeinden gibt es im Gemeinderat Debatten über die finanzielle Belastung durch die Aufnahme von anerkannten Geflüchteten. In diesen Fällen konzentriert sich die Kommunalpolitik oft auf die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt, auch wenn dies bedeutet, dass Geflüchtete prekäre und befristete Jobs annehmen müssen.

ein 'Bedarf' noch eine gesetzliche Verpflichtung seitens der Kommune, ihnen ein professionelles Jobcoaching oder andere Unterstützung (zum Beispiel bei der Suche nach einer Berufsausbildung oder einem Hochschulstudium) anzubieten. Da ihre Lebenspartner arbeiten, haben sie auch keinen Anspruch auf Sozialhilfe und bestimmte Inklusionsmaßnahmen.

Amsterdam gehörte zu den ersten Kommunen, die das Problem der Inklusion erkannten und sicherstellten, dass auch die Partner:innen von entsprechenden Maßnahmen profitieren können. Die Stadtverwaltung erkannte die Notwendigkeit eines geschlechtersensibleren Coachings und entwickelte ein Schulungsprogramm für Fallmanager:innen, um sie für die Risiken der Geschlechterstereotypisierung und des kulturellen Essenzialismus zu sensibilisieren, also für essenzialistische Vorstellungen von ethnischen Gruppen, die das Wir-Sie-Denken fördern.⁵ Zu den weiteren Maßnahmen zählen 'Buddy'-Projekte für geflüchtete Frauen, strategische Partnerschaften mit Organisationen, die auf Geschlechterungleichheit spezialisiert sind, und Empowerment-Schulungen. Im Jahr 2020 erweitert die Stadtverwaltung ihr derzeitiges Berufsbildungsangebot, das verschiedene Praktika in den Bereichen Industrie, Bauwesen und Logistik umfasste, durch einen geschlechtersensiblen, breiteren Fokus. Die Verantwortlichen in der Stadt Amsterdam können vorsichtig optimistisch sein, denn diese Maßnahmen zeigen erste Erfolge: Die Arbeitsmarktbeteiligung geflüchteter Frauen in Amsterdam (19 Prozent) ist seit 2020 höher als in jeder anderen niederländischen Großstadt (5–11 Prozent).

3.2. Die Willkommenskultur der Amsterdamer Verwaltung: Perspektiven Geflüchteter bei Umsetzung und Gestaltung politischer Maßnahmen

Aufbau struktureller Kapazitäten und Ressourcen

Einige der vorbildlichsten Aspekte des Amsterdamer Ansatzes sind zugleich ganz banal. Anstatt ständig nach 'neuen' innovativen Ansätzen zu suchen, wie sie von Geldgeber:innen diktiert werden, konzentrieren sich die kommunalen Akteur:innen in Amsterdam auf die Feinabstimmung bewährter und erprobter Methoden. Politische Berater:innen und Sozialarbeiter:innen teilen sich in Amsterdam Büroräume, was eine schnelle Anpassung an sich ändernde, äußere Bedingungen ermöglicht.

Ein politischer Berater drückt es so aus: „*Ministerialbeamten erleben die Kämpfe der Geflüchteten nie aus erster Hand oder den Schweißgeruch in einem Beratungsraum, in dem ein Syrer gerade über seine Frau gesprochen hat, die in einem Lager wie Moria fest sitzt und nicht zu ihrem Partner kann.*“⁶

Diese Nähe und diesen Einblick bringt die Stadt auch in Gespräche mit nationalen Entscheidungsträger:innen und Vertreter:innen der Ministerien ein. Die kommunalen Einrichtungen in Amsterdam sind stolz da-

⁵ Weitere Informationen zu den Risiken und Herausforderungen des kulturellen Essenzialismus finden Sie im Leitfaden des Europarats zur 'the Intercultural City'.

⁶ Interview mit einem leitenden politischen Berater der Stadt Amsterdam, November 2020.

rauf, dass die meisten Mitarbeiter:innen im Bereich Migrationspolitik zum Beispiel durch Aufnahmegespräche direkte Erfahrungen mit Geflüchteten haben.

Die Geflüchteten-Beratungsgruppe

Die Stadtverwaltung hat auch direkte Maßnahmen ergriffen, um Kapazitäten und Vielfalt in ihrer lokalen Verwaltung aufzubauen. Im Jahr 2016 war Amsterdam eine der ersten niederländischen Kommunen, die die Einrichtung einer beratenden Arbeitsgruppe von Geflüchteten (Refugee Sounding Board Group) unterstützte. Diese beratende Gruppe gibt Empfehlungen zur Gestaltung, Umsetzung und Kommunikation von Maßnahmen. Einige der Mitglieder sind Amsterdamer:innen, die vor Jahrzehnten als Geflüchtete kamen und somit ein institutionelles Gedächtnis und eine langfristige Perspektive mitbringen. Politische Berater:innen in Amsterdam stellten fest, dass sich die städtische Beratungsgruppe für Geflüchtete als wesentlich für die kommunale Reaktion auf COVID-19 erwiesen hat. Sie ermöglichte ein frühzeitiges Erkennen neuer Herausforderungen und erleichterte die rechtzeitige Bereitstellung von übersetzten Informationen zu Beschränkungen und Hilfsangeboten. Nach den 1980er Jahren waren Flüchtlingsbeiräte auf nationaler Ebene üblich, aber dieser Ansatz wurde schließlich 2011 aufgegeben und in den niederländischen Kommunen nie umfassend umgesetzt. **Flüchtlingsanwält:innen und wissenschaftliche Expert:innen** kritisierten diese Lücke wiederholt und forderten im Jahr 2020 eine strukturelle Verankerung der Perspektive von Geflüchteten in der politischen Entscheidungsfindung.

Das Young Professionals Traineeship Programm

2017 startete Amsterdam ein **Young Professionals Traineeship Programme** (YPPS) für anerkannte Geflüchtete. Im Rahmen dieses bezahlten zweijährigen Programms absolvieren die Teilnehmenden mehrere Praktika in städtischen Einrichtungen. Sie lernen dabei nicht nur die Stadtverwaltung und ihre Arbeitskultur kennen, sondern erhalten auch maßgeschneiderten Sprachunterricht an der Universität von Amsterdam. Die Stadtverwaltung hofft, mit diesem Programm auch lokale Unternehmen zu inspirieren, ähnliche Praktikumsmöglichkeiten anzubieten. Schließlich hat die Stadtverwaltung am Kompetenzaufbau und an der Vielfalt innerhalb des breiten Teams, das am Amsterdamer Ansatz beteiligt ist, mitgewirkt. Etwa ein Drittel der Kundenbetreuer:innen und Arbeitsvermittler:innen hat einen 'Fluchthintergrund' in der ersten oder zweiten Generation. Die Perspektive der Geflüchteten wird somit in allen Phasen des politischen Prozesses berücksichtigt.

4.3. Amsterdams Unterstützung für ‘irreguläre’ Migrant:innen: Ein Neuanfang entgegen widriger Umstände

Seit 2012 unterstützt Amsterdam ‘irreguläre’ Migrant:innen in Form von Unterkünften mit Betten, Sanitäreinrichtungen und Verpflegung. Sowohl pragmatische als auch humanitäre Überlegungen spielen dabei eine Rolle. Die Unterstützung wäre jedoch nicht denkbar ohne den Aktivismus der Bewegung ‘**We Are Here**’, in der sich Migrant:innen ohne Papiere seit 2012 organisieren, um politisch sichtbar zu werden und für die eigenen Rechte zu kämpfen. Die Amsterdamer Hausbesetzerbewegung, NGOs, Kirchen und Aktivist:innen unterstützen Gruppen wie ‘We Are Here’. Neben dem Widerstand gegen die ausgrenzende Landespolitik kämpfte die Initiative um rechtliche Anerkennung und Staatsbürgerschaft und stellte Forderungen an die Stadt. Viele Jahre befanden sich ‘We Are Here’ und die Stadtverwaltung in einem Konflikt bezüglich der über Nothilfe hinausgehenden Unterstützung für Migrant:innen ohne Papiere. Dieser Konflikt glich mitunter einem Katz-und-Maus-Spiel, da die Initiative Unterkünfte für irreguläre Migrant:innen in besetzten Gebäuden in der ganzen Stadt organisierte, die wiederum von Stadtverwaltung und Polizei geschlossen wurden.

Die Abwägung zwischen lokalem Aktivismus und Landespolitik

Seit 2018 hat Amsterdam ein politisches Umfeld geschaffen, in dem neuere Initiativen wie ‘**Amsterdam City Rights**’ und ‘**Here to Support**’ Gehör finden. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten der Stadt durch restriktive nationale Regelungen zur Staatsbürgerschaft begrenzt. Amsterdam erhält daher sowohl Lob als auch **Kritik** für die Art und Weise, wie es sich gegenüber der zunehmend restriktiven nationalen Regierung und den Kämpfen um die Staatsbürgerschaft von Migrantengruppen ohne Papiere positioniert. Die derzeitige 24-Stunden-Unterkunft für Migrant:innen ohne Papiere verkörpert nach wie vor einige dieser Spannungen, wurde aber auch für ihre vorbildlichen Lösungen anerkannt.

Nachhaltige Perspektive für irreguläre Migrant:innen

Die neu gewählte linke Amsterdamer Koalitionsregierung kündigte 2018 Pläne zur Schaffung von 24-Stunden-Unterkünften für 500 Menschen als Teil ihres umfassenden Programms für Migrant:innen ohne Dokumente an. In diesen Unterkünften können sie bis zu 18 Monate bleiben und mit professioneller Unterstützung an einer langfristigen Perspektive arbeiten. Diese Perspektive kann darin bestehen, einen legalen Aufenthalt zu erhalten, in ein anderes Land zu migrieren oder in das Herkunftsland zurückzukehren. Migrant:innen ohne Dokumente sind während ihres Aufenthalts in diesen Unterkünften vor Inhaftierung geschützt. Da die meisten niederländischen kommunalen Unterkünfte für Migrant:innen ohne Dokumente nur soziale Soforthilfe bieten, hat sich Amsterdam einer kleinen Gruppe von Städten angeschlossen, zu der auch Utrecht, Groningen, Eindhoven und Rotterdam gehören. Die Amsterdamer Unterkunft ist eine von fünf ‘Nationalen Einwanderungseinrichtungen’ (LVV),

die vom Rückführungs- und Ausreisedienst des Ministeriums für Justiz und Sicherheit in Zusammenarbeit mit den Gemeinden betreut werden.

Einbindung von Geflüchteten in politische Prozesse

Ein beispielhaftes Merkmal des Amsterdamer Ansatzes für 'Nationale Einwanderungseinrichtungen' (LVV) ist die direkte Einbeziehung von 60 Geflüchteten und über 25 NGOs und Aktivist:innengruppen in Arbeitssitzungen zu Beginn des Amsterdamer Programms für Migrant:innen ohne Papiere. Die Stadtverwaltung übernahm dabei eher eine unterstützende als eine koordinierende Rolle und ermöglichte einer Koalition von NGOs und Aktivist:innengruppen, die konkrete Umsetzung der LVV-Unterkunft zu übernehmen. Diese **externe Koordinierungsplattform** arbeitet eng mit kommunalen Akteur:innen zusammen und ihre Aktivitäten werden im Rahmen des LVV-Pilotprojekts von der Gemeinde und dem Ministerium finanziert. 2020 schlug 'Here to Support', eine der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Amsterdamer:innen ohne Papiere unterstützen, einen **Beirat für Menschen ohne Papiere** vor, um deren direkte Beteiligung an der Umsetzung des LVV-Projekts fortzusetzen. Im Vergleich zu den dezentralen Unterkünften, die seit Ende 2019 in Eindhoven und Utrecht angeboten werden, gab es in Amsterdam 2019 große Unterkünfte für Menschen ohne Papiere. Inzwischen hat die Stadt fast alle größeren Einrichtungen geschlossen und kleinere Unterkünfte eröffnet. Zahlenmäßig hat sich Amsterdam verpflichtet, die größte Anzahl von Migrant:innen ohne Papiere (500) aller niederländischen Städte zu unterstützen. Unter anderem damit langfristig mehr Menschen ohne Papiere von der Unterstützung profitieren, legte die Stadtverwaltung das Programm auf eine Höchstdauer (18 Monate) fest. Dies ist eine strategische, aber umstrittene Entscheidung, denn von den fünf Pilotkommunen legten nur Amsterdam und Rotterdam (6 Monate) eine Höchstdauer fest. Aktivist:innen und Nichtregierungsorganisationen wiesen darauf hin, dass es im Jahr 2020 auch wegen der Covid-19-Pandemie häufig längere Zeit dauerte, bis Fallmanager:innen ernannt wurden und den Bewohner:innen der LVV tatsächlich maßgeschneiderte Unterstützung bieten konnten. Sie brachten daher ihre Besorgnis über diese 18-monatige Frist zum Ausdruck.

Unterkunft für Geflüchtete mit Dublin-Status

Ein weiteres bemerkenswertes Element des Amsterdamer Konzepts war die zusätzliche Verpflichtung, eine Unterkunft für Menschen mit 'Dublin'-Status zu eröffnen, die sonst in anderen Unterkünften abgelehnt werden. Zu dieser Gruppe von 'Dublin-Antragsteller:innen' gehören Asylsuchende, die über ein anderes EU-Land in die Niederlande eingereist sind und die nach der Dublin-Verordnung und den niederländischen Einwanderungsbehörden in diesem 'ersten' europäischen Land einen Asylantrag hätten stellen müssen. Amsterdam finanzierte dieses Pilotprojekt zwischen Juli 2019 und April 2021 aus eigenen Mitteln (3,3 Millionen Euro). Dahinter stand zum Teil der pragmatische Gedanke, eine Notunterkunft und soziale Soforthilfe für sechs Monate anzubieten, aber auch die Suche nach einer nachhaltigen Lösung. Im Jahr 2019 schlug die Stadtverwaltung vor, zu prüfen, inwieweit Anreize für eine

freiwillige Rückkehr in ihr Dublin-Land oder ihr Herkunftsland für diese Gruppe geschaffen werden könnten. Im Dezember 2020 gab die Stadtverwaltung bekannt, das Pilotprojekt nicht fortzusetzen, und schloss die Unterkunft im April 2021. Zu diesem Ergebnis kamen sie, nachdem die Bewertung eines unabhängigen **niederländischen Forschungszentrums** ergeben hatte, dass die Hauptziele des Pilotprojekts (Rückkehr in das Dublin-Land) nicht erreicht wurden, wenngleich in diesem Bericht andere positive Auswirkungen festgestellt wurden. Die Verantwortlichen der Stadt äußerten ihre Enttäuschung, aber auch ihre Bereitschaft, schutzbedürftigen Personen mit Dublin-Status weiterhin befristete Soforthilfe zu gewähren. Die Stadt entwickelte weiterhin ihren eigenen Ansatz, auch wenn sie manchmal zwischen den strengen Anforderungen des Ministeriums und den Forderungen der NGOs (siehe Zitat unten) steht, die sich auf die Europäische Menschenrechtskonvention berufen, um den bedingungslosen Zugang zu Wohnraum zu verteidigen.

„Die Asylpolitik unter dem niederländischen Migrationsminister Broekers Knol ist hart, bietet keinen Raum für Mitgefühl und ist nicht zielführend. Viele Menschen landen ohne Unterkunft auf der Straße, was gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und ihre Verpflichtung verstößt, Unterkunft und Gesundheitsversorgung für alle zu garantieren. Das Pilotprojekt, das darauf abzielt, die Menschen auf ihrem Weg zurück in ihr Dublin-Land zu unterstützen, stand unter großem Druck. Wir sind uns dessen bewusst und verstehen, dass sich die Stadt Amsterdam allein nicht gegen den Druck wehren kann. Es liegt nicht nur an Amsterdam, sondern auch an anderen niederländischen Städten, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte nicht verletzt werden. Es fehlt überall an einem humanitären Sicherheitsnetz, weil der Zugang zu Unterkünften allenthalben an Bedingungen geknüpft ist, was zum Ausschluss vieler führt.“

Reaktion der Initiative **'Here to Support'**⁷ auf die Beendigung des Dublin-Pilotprojekts, Dezember 2020

Die COVID-19-Pandemie hat die Notlage der Menschen ohne Papiere in Amsterdam dringlicher und sichtbarer denn je gemacht. Die Kämpfe verschiedener Amsterdamer Communitys ohne Papiere, einschließlich derjenigen ohne Fluchthintergrund, erlangten während der Pandemie zunehmend öffentliche und politische Aufmerksamkeit. 2021 veröffentlichte der Amsterdamer Ombudsmann einen Bericht über die Erfahrungen von Amsterdamer:innen ohne Aufenthaltstitel, auf dessen Grundlage die Stadtverwaltung derzeit ihr Programm für Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel weiterentwickelt.

⁷ 'Here to Support' beschäftigt sich mit Projekten, die von einer Gruppe von Künstler:innen und Theoretiker:innen in enger Zusammenarbeit mit geduldeten Geflüchteten initiiert werden. Die Initiative konzentriert sich nicht in erster Linie auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe, sondern strebt die Emanzipation von Migrant:innen ohne Papiere an. Sie sollen gesehen und gehört werden und ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen können.

3.4. 'Free in, free out policy' – Sichere Berichterstattung und andere Schutzmaßnahmen gegen die Inhaftierung 'irregulärer' Migrant:innen in Amsterdam

In Amsterdam entwickelte die Polizei im Rahmen ihrer 'Free in, free out'-Politik das einzige bekannte nationale Beispiel eines offiziellen 'Firewall-Schutzes' für Opfer von Straftaten in Europa. Den Begriff 'Firewall

Protection' prägten zuerst die 'Sanctuary Cities' in den USA und Kanada. Er ermöglicht es Migrant:innen, die Opfer oder Zeug:innen einer Straftat werden, diese auf einer Polizeistation zu melden, ohne aufgrund ihres 'irregulären' Status festgenommen oder inhaftiert zu werden.⁸ Die Amsterdamer Politik des 'free in, free out' startete 2013, wurde dann auf andere niederländische Gemeinden ausgedehnt und 2015 landesweit eingeführt. **Wissenschaftler:innen** weisen auf einige Einschränkungen hin, insbesondere auf die Tatsache, dass es sich bei dieser Maßnahme weitgehend um eine informelle Vereinbarung handelt. Insgesamt wird sie jedoch als bewährtes europäisches Verfahren für sichere Meldeverfahren anerkannt⁹. Die Studien betonen, dass diesen Maßnahmen sowohl pragmatische als auch rechtliche Argumente zugrunde liegen. Weniger bekannt aber ebenso relevant sind die **Vereinbarungen der Stadtverwaltung** mit der örtlichen Polizei, keine Patrouillen in der Nähe von Organisationen durchzuführen, die Rechtsberatung und andere Hilfe für 'irreguläre' Migrant:innen anbieten.¹⁰ Diese Praxis beruht auf einer **informellen Entscheidung der Polizeiführung** und einer Vereinbarung mit der Bürgermeisterin. Sie ist auch in einigen anderen niederländischen Städten üblich (zum Beispiel in Utrecht).

4. Interessenvertretung und Vernetzung

Amsterdam ist seit Jahrhunderten ein zentraler Knotenpunkt für Handel und Migration. Die Entwicklung der Stadt zu einer solidarischen Metropole lässt sich nicht allein auf einen historischen Meilenstein zurückführen. Vielmehr beruht sie auf einem generellen Engagement, das von den (stellvertretenden) Bürgermeister:innen artikuliert und durch internationale Partnerschaften, die Beteiligung an Netzwerken und (stille) Diplomatie innerhalb der Niederlande und darüber hinaus gefestigt wurde.

'Koalition der Willigen'

Politische Berater:innen und städtische Verantwortliche beteiligen sich an verschiedenen nationalen Netzwerken und Initiativen. Ein aktuelles Beispiel ist die niederländische 'Koalition der Willigen', eine Solidaritätskampagne niederländischer Kommunen, die sich für die Umsiedlung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aus Lagern in Griechenland einsetzt. Amsterdamer Amtsträger:innen sind im Rahmen dieser Kampagne besonders aktiv und arbeiten mit anderen fortschrittlichen Gemeinden zusammen, um Druck auf das niederländische Migrationsministerium auszuüben, seine Haltung gegenüber griechischen Umsiedlungsanträgen zu ändern. Politische Berater:innen und Amtsträger:innen bemühen sich gemeinsam, Unterstützung durch Governance-Netzwerke wie den Niederländischen Verband der Gemeinden (VNG) zu mobilisieren. Die kommunalen Akteur:innen Amsterdams nehmen an weiteren (laufenden) Konsultationen zwischen dem Ministerium und den Kommunen teil, etwa in Bezug auf die Unterstützung und Unterbringung von Personen mit irregulärem Aufenthaltsstatus, einen integrierteren und nachhaltigeren

⁸ Timmerman, Leerkes, Staring, Delvino: 'Free In, Free Out': Exploring Dutch Firewall Protections for Irregular Migrant Victims of Crime. *European Journal of Migration and Law*, 22(3), 2020, S. 427–455.

⁹ Timmerman, Leerkes, Staring, Delvino: 'Free In, Free Out': Exploring Dutch Firewall Protections for Irregular Migrant Victims of Crime. *European Journal of Migration and Law*, 22(3), 2020, S. 427–455.

¹⁰ **Policy memo**, Amsterdam municipality, 26. Mai 2020.

eren Ansatz für die Unterbringung anerkannter Geflüchteter, sowie die Vorbereitung des neuen niederländischen Gesetzes zur staatsbürgerlichen Integration.

Internationale Solidarität zwischen europäischen Städten

Amsterdam arbeitet über die niederländischen Grenzen hinweg mit Barcelona, Berlin und Athen zusammen, um Wissen im Bereich der Migrationspolitik auszutauschen. Im Jahr 2014 unterzeichneten politische Verantwortliche in Amsterdam eine Absichtserklärung mit Athen, in der sie sich mit den Herausforderungen auseinandersetzten, die mit der Aufnahme von Geflüchteten verbunden sind. Barcelona intensivierte die Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative 'Fearless Cities' (Städte ohne Angst) und der municipalistischen Bewegung. Dies mündete unter anderem in einem gemeinsamen Brief der Bürgermeister:innen Halsema (Amsterdam) und Colau (Barcelona) im September 2020, in dem beide zu mehr Solidarität aufriefen und erklärten, ihre Städte seien „bereit zu helfen.“

Neben diesen Städtepartnerschaften beteiligen sich Amsterdams politische Berater:innen und Amtsträger:innen an verschiedenen internationalen Netzwerken. Amsterdam steht der EU-Partnerschaft zur Integration von Migrant:innen und Geflüchteten vor und ist Mitglied des Netzwerks Fearless City und der municipalistischen Bewegung. Die Stadt ist zudem dem Netzwerk Solidarity City und der Eurocities-Arbeitsgruppe für Migration und Integration beigetreten. Amsterdam hat verschiedene Solidaritätserklärungen unterzeichnet, wie die **Charta der integrierenden Städte**, der **Eurocities-Erklärungen zu Asyl** (2015) und zur **Umsiedlung von Geflüchteten aus Griechenland** (2020).

„Amsterdam wäre nicht die Stadt, die sie heute ist, ohne den Beitrag von Migrant:innen im Laufe ihrer Geschichte. Eine proaktive Rolle bei der Begrüßung und Aufnahme von Geflüchteten ist ein wesentlicher Bestandteil der Identität der Stadt und ihrer Bürger:innen. Auf europäischer Ebene ist es von größter Bedeutung, dass Städten die Zusammenarbeit bei der Unterstützung von Asylsuchenden in Not erleichtert wird. Wir unterstreichen daher die Botschaft dieser Erklärung und unterstützen die fünf Forderungen, die aufgestellt werden.“

Erklärung des stellvertretenden Bürgermeisters Rutger Groot Wassink, Palermo, 24. Juni 2021

Die Amsterdamer Bürgermeister:innen waren nicht nur Teilnehmer:innen, sondern auch eine wichtige treibende Kraft hinter einigen dieser Partnerschaften und Netzwerke. Die derzeitige Bürgermeisterin Halsema ist bekannt dafür, sich in der Öffentlichkeit für Migrationsfragen einzusetzen. Während ihrer Zeit als Abgeordnete und Parteivorsitzende der Partei GroenLinks veröffentlichte sie den Aufsatz 'Nowhereland: a new light on Migration'. Der stellvertretende Bürgermeister Groot Wassink, zuständig für soziale Angelegenheiten (einschließlich Migrations-

politik) hat sich seit seinem Amtsantritt als fortschrittlicher Stadtvertreter und Verfechter municipalistischer Bemühungen profiliert.

Stille Diplomatie mit der nationalen Regierung

Obwohl politische Vertreter:innen Amsterdams ihre Regierung als Mitte-links betrachten, äußerten nationale Politiker:innen in Den Haag ihre Besorgnis darüber, dass Amsterdam ihrer Meinung nach zu weit nach links drifte. Diese Diskrepanz zwischen Den Haag und Amsterdam sollte jedoch nicht überbewertet werden. Offizielle Vertreter:innen der Stadt haben zwar mehrere Solidaritätserklärungen unterzeichnet, aber die Bemühungen um Interessenvertretung beschränken sich größtenteils auf stille Diplomatie. Wie der stellvertretende Bürgermeister Groot Wassink erklärt, „rufen die Amsterdamer:innen gern gleich eine ganze Republik aus, und für Den Haag sind wir diejenigen, die man zu hassen liebt.“¹¹ Die politische Realität ist jedoch, dass Amsterdams politische Berater:innen und Amtsträger:innen auf verschiedenen Ebenen intensiv und häufig mit dem Ministerium und den Landesbehörden (zum Beispiel den nationalen Einwanderungsbehörden) zusammenarbeiten.

Die überregionalen Aktivitäten der Stadt im Bereich der Migrationspolitik spiegeln die Herausforderungen wider, mit denen sie konfrontiert ist, sowie ihr Engagement für die Gestaltung einer gerechten Stadt mit gleichen Chancen für alle. Amsterdams Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete machen die Stadt zu einer Vorreiterin in der progressiven Migrationspolitik (siehe 3.1–3.3). Die politischen Stadtverantwortlichen positionieren Amsterdam international als Hauptstadt mit einer besonderen Verantwortung und einer Tradition der Solidarität. Dennoch ist ihr Ton letztlich pragmatisch und besonnen, wie der Kommentar des stellvertretenden Bürgermeisters Groot Wassink zum Amsterdamer Programm für Menschen ohne Dokumente zeigt:

„Ich habe nie die Illusion gehabt, dass ich mit diesem Plan die gescheiterte Asylpolitik beheben könnte. Die Lösung dafür liegt nicht bei der Kommune. Dieser Plan ist ein Schritt in die richtige Richtung, keine dauerhafte Lösung, und es wird immer Menschen geben, die außen vor bleiben.“¹²

¹¹ Interview (Niederländisch) mit der stellvertretenden Bürgermeisterin Groot-Wassink auf grenzeloos.org, 1. März 2019.

¹² Ebd

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

- ◆ Nachdem das niederländische Kabinett im Mai 2023 den Entwurf zu einem **‘Verteilungsgesetz’**¹³ erarbeitete, der besonders in vielen konservativ-regierten Kommunen auf Kritik stößt, machte die Stadt Amsterdam weiterhin deutlich, dass sie eine gastfreundliche Stadt ist und Geflüchtete willkommen heißt. Sie arbeitet unter anderem an der Einrichtung einer neuen Unterbringung für 650 Personen, die im Herbst 2024 eröffnet werden soll. In diesen Prozess sind sowohl Anwohner:innen als auch lokale Unternehmen involviert, die für eine gute Zusammenarbeit mit der alteingesessenen Nachbarschaft sorgen sollen.
- ◆ Im August 2022 rief die niederländische Zentralregierung eine **‘Aufnahmekrise’** aus. Im selben Monat noch, stellte Amsterdam als zweite niederländische Gemeinde einen Kai zum Anlegen eines Kreuzfahrtschiffes für Asylbewerber:innen bereit. Seit Oktober werden dort 1.000 Flüchtlinge für sechs Monate untergebracht.¹⁴
- ◆ Die Stadt Amsterdam startete im März 2022 ein einjähriges Pilotprojekt für Jugendliche ab 18 Jahren, die keine reguläre Aufenthaltserlaubnis haben, um den Betroffenen ein Studium zu ermöglichen. Die Stadt schloss Vereinbarungen mit Hochschulen ab, welche die Jugendlichen bei der Erlangung einer Studienaufenthaltserlaubnis unterstützen. Für diese Studierenden plant die Stadt auch, eine alternative Form der Finanzierung des Studiums einzurichten.¹⁵

¹³ Der Gesetzentwurf (“Spreadingwet”) verpflichtet Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten. Er sieht mehrere Phasen vor, in denen Kommunen Leistungen erhalten können, wenn sie freiwillig Unterbringungsplätze für Asylbewerber:innen anbieten.

¹⁴ <https://www.parool.nl/amsterdam/amsterdam-krijgt-een-zee-cruiseschip-voor-1000-asielzoekers-in-het-westelijk-havengebied~b6f3d398/?referrer=https://www.google.com/>

¹⁵ <https://www.parool.nl/amsterdam/nieuwe-pilot-voor-jongeren-zonder-papieren-ook-na-hun-18e-hoger-onderwijs~b250cf39/>

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
